

# VOR DEM FALL DER MAUER



**KulturRaum Zwingli-Kirche e.V.  
Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg**

## „WASSERGRENZE“ SPREE

Die Oberbaumbrücke war bis zum 13. August 1961 eine wichtige Verkehrsverbindung zwischen dem sowjetischen und dem amerikanischen Sektor, zwischen Friedrichshain und Kreuzberg, zwischen Ost- und Westberlin.

Personen und Waren wurden kontrolliert und dabei konnte es auch schon vor dem Mauerbau zu tödlichen Zwischenfällen kommen: Am 15. Oktober 1948 wurde an der Brücke der DDR-Grenzpolizist Maquè von einem Autofahrer tödlich verletzt. Am 19. Februar 1949 starb der Westberliner Helmut Ryll unter den Schüssen von Grenzposten. Zur scharf bewachten und undurchlässigen Grenze wurde die Spree zwischen Friedrichshain und Kreuzberg und mit ihr die Oberbaumbrücke am 13. August 1961.

Einige wollten sich mit dieser Grenze nicht abfinden: Udo Düllik versuchte am 5. Oktober 1961 vom Osthafen aus das Westberliner Ufer zu erreichen. Auf ihn wurde scharf geschossen. Er ertrank, als ihn kurz vor dem Erreichen des Gröbenufers die Kräfte verließen. Udo Düllick war das erste Opfer an diesem Grenzabschnitt. Trotz der Gefahr stieg Werner Probst am 14. Oktober 1961 in der Nähe der Schillingbrücke in die kalte Spree, um nach Kreuzberg zu schwimmen. Er wurde entdeckt, beschossen, verletzt, schaffte es noch bis zur Leiter an der Westberliner Kaimauer, zog sich mühsam hoch, und wurde dann durch zwei gezielte Schüsse tödlich getroffen. Am 22. April 1962 wurde der 20jährige Philipp Held tot aus dem Wasser in der Nähe der Schillingbrücke geborgen. Er war bei einem Fluchtversuch ertrunken, in seiner Kleidung wurden wasserdicht verpackte Ausweispapiere gefunden. 1963 bezahlten Hans Räwel und Wolf-Olaf Muszynski ihren Fluchtversuch mit dem Leben und 1965 Ulrich Krzemien. Insgesamt kamen an der Kreuzberg-Friedrichshainer „Wassergrenze“ mindestens 13 Menschen bei Fluchtversuchen ums Leben.

Häufig gelang die Flucht über die Spree zwischen Friedrichshain und Kreuzberg auch, doch genauere Zahlen dazu gibt es nicht. Bis in die 1970er Jahre gab es immer wieder erfolgreiche Fluchtaktionen von ganzen Gruppen, die gemeinsam Tunnel von Ost nach West gruben. Erfolgreich waren mitunter Fluchten mit dem Grenzerboot. Allein in den 80er Jahren nutzten mindestens 20 Soldaten der Grenztruppen die Gelegenheit am Kreuzberger Ufer anzulegen, um der DDR den Rücken zu kehren.

Opfer der Grenze waren aber nicht ausschließlich Ost-Berliner. Fünf Kinder aus Kreuzberg verloren zwischen 1966 und 1975 ihr Leben, weil sie beim Spielen an der schlecht gesicherten Uferanlage der Spree ins Wasser fielen und nicht rechtzeitig gerettet werden konnten.

## DIE FLUCHT MIT DEM FAHRGASTSCHIFF „FRIEDRICH WOLF“

Eine der spektakulärsten Fluchten war die mit dem Ausflugsdampfer „Friedrich Wolf“ am 8. Juni 1962. Die „Friedrich Wolf“ war das modernste Schiff der „weißen Flotte“. Nach einer Rundfahrt für die Beschäftigten des Hufelandkrankenhauses in Buch legte es am 7. Juni 1962 an der Dampferanlegestelle in Treptow an. Für die nächsten Tage waren Überholungsarbeiten vorgesehen, deshalb stießen zu den sechs Mannschaftsmitgliedern noch zwei Monteure und ein Lehrling. Schließlich kamen noch weitere Personen zu einem Umtrunk an Bord, in dessen Verlauf sich der Kapitän und der 1. Maschinist schlafen legten. Nachdem ein Teil der Gäste das Schiff wieder verlassen hatte, kamen die Angehörigen der Fluchtwilligen an Bord. Um 5 Uhr in der Früh drangen 4 Männer in die Kabine des Kapitäns ein, fesselten ihn, starteten das Schiff und nahmen Kurs auf den Osthafen. Unter der S-Bahnbrücke wurde es zunächst von Grenzbooten gestoppt. Deren Besatzung konnte aber davon überzeugt werden, dass es sich um eine technische Durchfahrt handele. So setzte die „Friedrich Wolf“ ihre Fahrt langsam fort, um dann plötzlich zu beschleunigen und zur Einmündung des Lanswehrkanals abzubiegen, der zu Kreuzberg gehört.

Von den Booten der DDR-Grenzsicherung wurden 70 Schuss aus einem Maschinengewehr und 24 Schuss aus einer Makarowpistole auf die „Friedrich Wolf“ abgefeuert. Als sich das Schiff dem Westufer näherte, feuerten Westberliner Polizisten zurück. Der Steuerstand an Bord der „Friedrich Wolf“ war von den Fluchtbeteiligten mit Stahlplatten gesichert worden. Bis auf den Kapitän und den 1. Maschinisten, die das Schiff später wieder nach Ost-Berlin zurückbrachten, verließen alle Passagiere die „Friedrich Wolf“. Die Flucht dauerte 15 Minuten, 13 Personen gelangten so in den Westen. Das Schiff wurde danach nach Polen verkauft und in „Thüringen“ umgetauft. Der Kapitän wurde zur Frachtschiffahrt strafversetzt. Der ehemalige Schiffskoch lehrt heute Geschichte an der Universität Umea in Schweden, der erste Steuermann ist Bauunternehmer in Spanien, der zweite lebt in Frankreich. Nur einer der Flüchtlinge, Bodo Kunkel, wurde wegen Republikflucht verurteilt. Er hatte es gewagt, nur drei Jahre nach der Flucht – im Rahmen eines Passierscheinabkommens – nach Ost-Berlin zu fahren.

## DIE FLUCHT VON ANTON WALZER SCHEITERT

Als der 60jährige Anton Walzer sich am Nachmittag des 8. Oktober 1962 auf das Gelände des VEB Altstoffhandels an der Mühlenstraße begab, diente das der Vorbereitung seiner zweiten Flucht aus der DDR. Zum ersten Mal hatte er die DDR 1955 verlassen. „Seine“ Firma, die Farbenfabrik Warnecke & Böhm in Weißensee, war verstaatlicht worden. Walzer gehörte seit den 1930er Jahren zum Stamm der Firma und arbeitete dort als Lacksiedemeister. Die Planwirtschaft behinderte effektives Arbeiten, deshalb ging er mit seiner Frau und den beiden Kindern nach Offenbach am Main. Das neue Leben der Walzers ließ sich erst gut an und hätte eine von tausenden Umsiedlergeschichten dieser Zeit werden können, wenn nicht plötzlich, 1958, Walzers Schwiegermutter, die in Ost-Berlin lebte, dringend Hilfe benötigt hätte. Walzers Ehefrau wollte bei ihrer Mutter sein, die Familie ging deshalb zurück in die DDR. Anton Walzer bekam sogar wieder einen Arbeitsplatz bei Warnecke & Böhm, allerdings gehörte er jetzt nach DDR-Sprachgebrauch zu den „Rückkehrern“. Für die Staatsführung der DDR waren „Grenzgänger“, „Neuzuziehende“ und „Rückkehrer“ ein Sicherheitsrisiko, denen keine Verantwortung übertragen wurde. Seinen Beruf kann er wegen der Vorbehalte in der Firma nicht mehr ausüben. Er fühlt sich ungerecht behandelt und sucht Trost im Alkohol. Seine Frau reicht die Scheidung ein. Walzer will wieder in den Westen, obwohl der Weg seit dem 13. August 1961 versperrt ist. Über ein Betriebsgelände verschafft er sich Zugang zum Spreeufer, springt ins Wasser, wird entdeckt und unter Beschuss genommen. Manche der auf Walzer abgefeuerten Kugeln schlagen am Gröbenufer ein, Zuschauer, die das Drama verfolgen gehen in Deckung, die Westberliner Polizei schießt zurück. Einer von 18 gezielten Schüssen durchschlägt Walzers Hinterkopf. Tödlich getroffen versinkt der Mann im Wasser. Fast 32 Jahre später, im August 1994, wird der damalige Postenführer der Grenztruppen des Totschlags für schuldig befunden. Er hatte sich dazu bekannt, den 60jährigen Anton Walzer auf der Flucht erschossen zu haben. Das Strafmaß von 18 Monaten Freiheitsstrafe wird zur Bewährung ausgesetzt. In der Urteilsbegründung heißt es: „Die Tötung eines erkennbar wehrlosen, schwimmenden Menschen, von dem keinerlei Gefahr für den Schützen ausging, nur im Interesse der Staatsraison der DDR, verstieß derart eklatant gegen die elementaren Grundsätze der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, denen sich auch die DDR zumindest verbal verpflichtet hatte, dass das hierin liegende Unrecht für jedermann zu erkennen war und auch von den meisten anerkannt wurde.“

## FÜNF KREUZBERGER KINDER ERTRANKEN IN DER SPREE

Zwischen 1966 und 1975 ertranken fünf Jungen im Alter zwischen fünf und sechs Jahren in der Spree. Sie hatten zuvor am Kreuzberger Ufer gespielt: zwei deutsche, zwei türkische und einer italienischer Junge.

Sie starben, weil sie nicht rechtzeitig gerettet werden konnten. "Zuständig" für die Rettung der Kinder waren die Ost-Berliner Behörden, denn die Spree gehörte hier in ganzer Breite zu Ost-Berlin. Weil deren Hilfe nicht schnell genug erfolgte und sie andererseits Hilfeleistungen von West-Berlin aus ausschlugen, gelten die Kinder als Opfer des Kalten Krieges.

Tatsächlich konnte aber bisher nicht belegt werden, dass DDR-Grenzorgane Rettungsversuche von West-Berlin aus aktiv unterbunden hätten. Möglicherweise unterblieb die spontane Hilfe zufällig anwesender Passanten am Gröbenufer aus Angst, DDR-Grenzer könnten eingreifen oder sogar schießen. Dafür gibt es aber ebenfalls keine Belege. Tatsächlich erfolgten Rettungsmaßnahmen sowohl von der westlichen als auch von der östlichen Seite her zu spät. Aus Interviews mit dem Branddirektor der Berliner Feuerwehr und mit dem Berliner Innensenator Neubauer geht hervor, dass die Helfer von Westseite in jedem Fall ins Wasser gesprungen wären, wenn sie rechtzeitig am Unglücksort eingetroffen wären.

Vieles deutet darauf hin, dass die Kinder starben, weil sie nicht genügend beaufsichtigt wurden und weil die Sicherung des Kreuzberger Spreeufers mit einem Maschendrahtzaun erst 1975 erfolgte, als der fünfte Junge ertrunken war. Diese Unfälle haben damals Berlin in Aufregung versetzt und wütende Demonstrationen gegen die DDR ausgelöst. Als Opfer des zweifellos brutalen DDR-Grenzregimes können sie aufgrund unserer Nachforschungen nicht bezeichnet werden.

## CETIN MERT, 5 JAHRE UNFALL AM 11. MAI 1975

Der 11. Mai 1975, ein Sonntag, hätte ein Festtag für Cetin Mert werden sollen. Die Familie wollte am Nachmittag seinen fünften Geburtstag feiern. Doch am Vormittag traf er sich noch mit einem Nachbarjungen, um am Gröbenufer Ball zu spielen. Als der Ball dabei ins Wasser rollte, versuchte Cetin ihn mit einem Stock von der schmalen Kaimauer aus zu erreichen, beugte sich zu weit über und fiel ins Wasser. Sein Spielkamerad lief schreiend die Straße hinunter, eine Passantin alarmierte Polizei und Feuerwehr. Aus der nahen Reichenberger Straße rückte ein Feuerwehruzug an, sofort begannen die Einsatzkräfte mit langen Stangen nach Cetin zu suchen, aber auch diesmal kam die Hilfe zu spät. Ein Brandmeister der Feuerwehr bat den diensthabenden Offizier der Grenzübergangsstelle Oberbaumbrücke um Erlaubnis, Taucher einzusetzen. Dieser lehnte ab. Zu diesem Zeitpunkt war ein Alarmboot der DDR-Grenztruppen mit Tauchern allerdings bereits unterwegs. Cetins Leiche wird geborgen, aber nicht den Eltern übergeben, sondern in das gerichtsmedizinische Institut der Charité überführt.

Cetin war fast an der gleichen Stelle in die Spree gefallen wie Guiseppe Savoca. Wenig war seitdem passiert. Zwischen der ehemaligen Anlegestelle und der Pfulstraße war das Gelände mit Maschendraht abgesichert worden, jedoch nicht an der anderen Uferböschung zur Oberbaumbrücke hin, wo Cetin verunglückte. Die Warnschilder konnte er nicht lesen.

Der Tod von Cetin Mert rief ein internationales Presseecho hervor. Der „Tagesspiegel“ schrieb am 13.5.1975: „An der Oberbaumbrücke wird das politische Prinzip - Verletzungen der Grenzgewässer könne nicht geduldet werden - höher gestellt als die humane Regung. Besser einen Toten mit eigenen Kräften bergen, als zulassen, dass Westberliner Organe ein Menschenleben in Grenzgewässern zu retten versuchen. Man muss leider zugeben, dass auch in diesem Fall die Probe nicht aufs Exempel gemacht worden ist, ob die DDR Hilfsmaßnahmen, die sich auch völkerrechtlich auf einen übergesetzlichen Notstand berufen können, wirklich behindern würde. Das haben wir mit uns selber auszumachen. Ebenso muss man sich natürlich die Frage vorlegen, ob man hier wie anderswo in Berlin Uferbefestigungen kindersicher - wenn auch nicht „grenzsicher“, wie es die DDR will - gemacht hat.“ Die bis dahin schleppenden Verhandlungen zwischen Ost und West kamen nun schnell zu dem Ergebnis, dass auf dem westlichen Ufer Rettungsrufsäulen und ein grenzübergreifendes Alarmsystem eingerichtet werden sollten, das nach Auslösung auch von der Ost-Berliner Seite erkannt wird.

## PROTESTE GEGEN DIE TEILUNG

Proteste gegen die Teilung der Stadt gab es schon lange vor dem Bau der Mauer - sowohl in Friedrichshain als auch in Kreuzberg. Spätestens seit der Berlin-Blockade in den Jahren 1948/49 entwickelte sich in West-Berlin eine „Frontstadtmentalität“ gegen die kommunistische Bedrohung. Kreuzberg, mit seiner 10 Kilometer langen Grenze zu Ost-Berlin, nahm dabei eine zentrale Stellung ein. Es waren vor allem Unmutsäußerungen und kleine Provokationen, mit denen sich die West-Berliner Luft machen wollten. Zum Beispiel mit Sachbeschädigungen wie der Zerstörung von Plakaten mit sozialistischen Parolen.. Als die Volkspolizei im Juli 1950 an der Friedrich-/ Ecke Zimmerstraße die Fahrbahn mit den Resten der Säulen des Stadtschlusses abriegelte, beauftragte der Kreuzberger Bürgermeister Kressmann Arbeitslose, die Sperrung einfach abzutragen.

Auf der Friedrichshainer Seite war der Protest in der Regel leiser, aber nicht geringer. Seinen Höhepunkt fand er in dem auf der damaligen Stalinallee in Friedrichshain beginnenden Aufstand am 17. Juni 1953.

Die Mehrzahl der mit dem System Unzufriedenen verließ zu diesem Zeitpunkt aber einfach die DDR. Waren es Anfang 1948 noch etwa 5 000 Personen, die sich monatlich nach West-Berlin absetzten, so stieg ihre Zahl Mitte 1952 auf 15 000. Allein im Jahr 1953 gingen 300 000.

Gleich nach dem Bau der Mauer wurde der Protest auf der Kreuzberger Seite lauter. Nach den ersten Todesopfern zeigten Jugendliche ihren Unmut lautstark mit Sprechchören an der Mauer, bei Auseinandersetzungen mit Volkspolizisten, mit Protestparolen auf Spruchbändern und Hauswänden. Zum Jahrestag des Mauerbaus fanden in den 60er Jahren regelmäßig Demonstrationen statt, immer wieder wurden Mahnwachen abgehalten und Gedenkkreuze aufgestellt.

Der aggressiv antikommunistische, nicht selten auch faschistoide Ton dieses Protests stieß schon einige Jahre später die Generation der „68er“ ab. Spätestens seit Beginn der „neuen Ostpolitik“ und der Annäherung unter Kanzler Willy Brandt wurde diese Form des Protests gegen die Mauer zur Sache der „ewig Gestrigen“.

In Friedrichshain bildete sich seit den 70er Jahren eine eigene Protestbewegung. Dazu gehörten die Blues-Messen in der Samariterkirche, mit denen Jugendliche eine eigene Form des Aufbegehrens entwickelten. Unter dem Dach der evangelischen Kirche entstand auch die Friedens- und die Oppositionsbewegung, die nicht in erster Linie die Teilung der Stadt, sondern vorrangig das System der DDR reformieren wollten und zum Träger der friedlichen Revolution von 1989 wurde.

## BLUES-MESSEN ALS JUGENDPROTEST

Im Juni 1979 bat der Blues-Musiker Günther Holwas (Holly) den Jugendpfarrer der Samariter-Kirche Rainer Eppelmann, einmal in seiner Kirche spielen zu dürfen. Mit Unterstützung des Kirchenkreises Friedrichshain wagte Eppelmann das Experiment: mehr als 200 Jugendliche kamen und hörten zur Blues-Musik von Holly Texte aus dem Neuen Testament, viele betraten zum ersten Mal ein Gotteshaus. Die Staatssicherheit zeigte sich moderat. Als sich aber zum nächsten „Blues-Messe“, die unter dem Thema „Zwischen Hass und Hoffnung“ stattfand, viel mehr junge Menschen einfanden, fühlte sich der Friedrichshainer Stadtrat provoziert und forderte die Absetzung der Messen. Besonders ärgerlich fanden die Behörden, dass es sich bei den Besuchern nicht um „gewöhnliche Jugendliche“ handelte, sondern in ihrem Sinne „negativ-dekadente“, die schon durch ihr Äußeres ihre Distanz zur Gesellschaft demonstrierten. Doch mit Hilfe der Kirchenleitung konnte Eppelmann durchsetzen, dass es sich um einen Gottesdienst und damit nicht um eine meldepflichtige Veranstaltung handelte.

In den kommenden Monaten fanden die Blues-Messen ihre charakteristische inhaltliche Ausgestaltung. Nach einer Begrüßung folgten einige Spielszenen und Sketche, die Meldungen der Medien karikierten. Es folgten Klage, Gebet, Predigt und Segen, dazwischen gab es einige Titel Blues-Musik. Die Texte griffen Themen auf, die die Jugendlichen bewegten, viele Tabus wurden angesprochen.

Den Veranstaltern gelang es, den Repressalien der Behörden, den Bespitzelungen der Stasi und den Beschwerden einiger Nachbarn standzuhalten – nicht aber dem großen Andrang der Besucher. Schon bald reisten Jugendliche aus der ganzen DDR an. An machen Sonntagen mussten Doppelveranstaltungen in der Samariterkirche und in der Auferstehungskirche angeboten werden. MfS-Chef Mielke ordnete nun an, vor jeder Blues-Messe sämtliche Verkehrsknotenpunkte auf mögliche Zusammenrottungen zu überwachen. Als Ende 1981 die Zahl der Besucher auf über 4000 angewachsen war, entschloss sich die Kirchenleitung, die Blues-Messen in die größere Erlöserkirche in Lichtenberg zu verlagern. Die Blues-Messen fanden dort noch bis Sommer 1986 statt, allerdings in einer veränderten Form und mit zunehmendem Einfluss der Kirchenleitung auf die Inhalte, so dass die Attraktivität für die Jugendlichen mehr und mehr abnahm.

Geblichen ist, dass mit den Blues-Messen über Jahre hinweg nicht nur Hoffnungen artikuliert und gelebt, sondern auch Ausdrucksformen entwickelt wurden, mit denen die Ideen der Freiheit im Herbst 1989 zum Durchbruch kamen.

## DIETER BEILIG

Der 1941 geborene Dieter Beilig war eine schillernde Figur in der West-Berliner Protestbewegung gegen die Mauer. Beilig wuchs in der Köpenicker Straße auf. Sein Vater war gefallen, seine Mutter arbeitete als Putzfrau. Er besuchte die Schule bis zur 7. Klasse und begann anschließend eine Bäckerlehre, die er aber nach vier Monaten abbrach. Einen Teil seiner Jugend verbrachte er in einem Erziehungsheim am Schlachtensee.

Am 7. Oktober 1961 machte er erstmals auf sich aufmerksam, als er zusammen mit 15 anderen Jugendlichen am Gröbenufer ein Gedenkkreuz für den getöteten Udo Düllik aufbaute. Bereits vorher hatte er Losungen an die Wände der ehemaligen Dampferanlegestelle Gröbenufer geschrieben.

Schon bald radikalisierte er sich offenbar, denn am 26. Juli 1962 zündete er an der Mauer auf der Höhe der Niederkirchnerstraße eine Bombe, die allerdings nur sehr geringen Schaden anrichtete. Sechs weitere Anschläge folgten. Die Bomben hatte er selbst in der heimischen Wohnung gebaut. Als es wenige Tage später wegen des Todes von Peter Fechter am 17. August 1962 wieder zu Auseinandersetzungen im Bereich der Mauer an der Kochstraße kam, galt er bereits als zentrale Figur der militanten Widerstands gegen die Mauer mit Kontakten zu Organisationen wie der „Deutschen Freiheitslegion“ und der „Nationalen Initiative“.

In den folgenden Monaten verschärfen sich die Ost-West Konflikte. An der Mauer gab es immer mehr Todesopfer, Westberliner Polizei und Grenztruppen der DDR schossen aufeinander, die Kuba-Krise brachte die Welt an den Rand eines Atomkrieges. Die Aktivitäten der Mauergegner wurden in dieser Situation von den West-Berliner Behörden nicht mehr toleriert. Beilig geriet ins politische Abseits, verlor seinen Arbeitsplatz und verschwand plötzlich spurlos. In der West-Berliner Presse wurde spekuliert, dass er nach Ost-Berlin entführt worden sei. Tatsächlich war er vom MFS verhaftet worden, als er am Grenzübergang Friedrichstraße verlangt hatte, einen MFS-Offizier zu sprechen. Er wurde festgenommen und zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Aus Dokumenten geht hervor, dass Beilig über seine Kontakte zur „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ sowie zu Fluchthilfe-Organisationen ausgesagt hatte. Nach langen Verhandlungen gelang es dem Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, Beilig 1966 frei zu kaufen. Wieder zurück in West-Berlin fand Beilig ein verändertes politisches Klima vor. Am Kranzlereck wurde nicht mehr - wie 1962 - über die Beseitigung der Mauer diskutiert, sondern über den Vietnamkrieg und immer öfters über die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Organisationen der Mauergegner hatten sich aufgelöst oder waren in eine rechtsgerichteten Subkultur aufgegangen. Beilig organisierte weiter Aktionen gegen die Mauer, die allerdings wenig Beachtung fanden.

Seine letzte Aktion bezahlte Beilig mit dem Leben. Am 2. Oktober 1971 kletterte er von Westen aus auf die sog. Vorderlandmauer und lief auf ihr bis zum Platz vor dem Brandenburger Tor, wo er auf das Ost-Berliner Gebiet herunter sprang und verhaftet wurde. Als er nach seiner Festnahme aus der Polizeigewahrsam flüchten wollte, wurde er beim Versuch aus dem Fenster zu springen von einem Posten mit einem Schuss in der Rücken getötet. Die Todesumstände wurden vom MFS aufwändig verschleiert. Erst 2003 konnten sie durch aufgefundene Dokumente aufgeklärt werden.

## DURCH DIE MAUER GETRENNT

Bis zum Bau der Mauer am 13. August 1961 waren die Nachbarn in Friedrichshain und Kreuzberg Bürger verschiedener Staaten und lebten in unterschiedlichen politischen Systemen, doch die Grenze zwischen Ost und West war durchlässig. Allein an der Oberbaumbrücke wechselten täglich 25 000 bis 30 000 Menschen über die Grenze, weil sie auf der einen Seite wohnten und auf der anderen arbeiteten.

Nun verlief plötzlich über alte Verkehrsverbindungen hinweg eine Mauer. Historisch gewachsene Straßen wurden zu Sackgassen, die Verbindung zwischen den U-Bahnhöfen Schlesisches Tor und Warschauer Straße gab es nicht mehr. Auf der Ostseite der Mauer entstand nach und nach ein sog. Todesstreifen und dahinter ein 500 Meter tiefer „Schutzstreifen“, aus dem alle als „unzuverlässig“ eingeschätzten Menschen umgesiedelt wurden. Durch Abriss- und Planierarbeiten ging ein Teil der historischen Bausubstanz verloren.

Die Folge des Baus der Mauer war das Zerreißen gewachsener Strukturen. Berufstätige konnten ihren Arbeitsplatz nicht mehr erreichen, Betriebe verloren ihre Arbeitskräfte, Krankenhäuser Ärzte und Pflegepersonal, Gläubige hatten keinen Zutritt mehr zu ihren Kirchen, Verwandte und Freunde keine Möglichkeit zu gegenseitigen Besuchen. Die Bezirke Kreuzberg und Friedrichshain wurden über Nacht von Innenstadtbezirken zu Randgebieten. Von der DDR wurde die Mauer als „Antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnet, der Menschenhandel, Abwerbung und Sabotage verhindern sollte. Von den meisten Betroffenen wird der 13. August 1961 als einschneidendstes Erlebnis nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bezeichnet.

## DER 17. JUNI 1953

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 wird heute als erstes von der Arbeiterschaft organisierte Aufbegehren gegen die Machthaber im ehemaligen Ostblock verstanden. Damals bezeichneten ihn die Machthaber der DDR als vom Westen inszenierten konterrevolutionären Putschversuch. Die folgenschweren Ereignisse begannen bereits am 16. Juni 1953 als Baurbeiter der Stalinallee in Friedrichshain die Arbeit niederlegten und sich für den nächsten Tag zu einem Streik verabredeten. Auslöser für die Proteste war die Erhöhung der Arbeitsnormen.

Als sich am Morgen des 17. Juni 1953 zweitausend Arbeiter auf dem Strausberger Platz zusammenfanden, um Richtung Alexanderplatz zu marschieren, waren die politisch Verantwortlichen in den Westsektoren darüber ebenso überrascht wie die Partei- und Staatsführung der DDR. Als der Demonstrationzug gegen 9.00 Uhr das Haus der Ministerien in der Leipziger/Ecke Wilhelmstraße erreichte, war die Zahl auf mehrere Tausend angewachsen. In Sprechchören forderten sie „Weg mit den Normerhöhungen“, „Senkung der HO-Preise“, „Rücktritt der Regierung“, „Freiheit für politische Gefangene“ und „Freie und geheime Wahlen“. Auf dem Alexanderplatz waren es gegen 14.00 Uhr bereits 25000 Demonstranten. Sowjetische Truppen und Volkspolizei räumten den Platz unter Einsatz von Schusswaffen und verhängten den Ausnahmezustand. Gegen 16 Uhr kam es auf dem Potsdamer Platz zu Tumulten, das Columbia-Haus brannte, Panzer zogen auf. Teile der Demonstrationen zogen in Richtung Oberbaumbrücke, wo sich bereits viele Bürger aus West-Berlin versammelt hatten.

Für 18.00 Uhr organisierten die West-Berliner Sozialdemokraten eine Solidaritätskundgebung auf dem Oranienplatz, an der sich 10.000 Menschen beteiligten. Nur mit Mühe gelang es, die aufgebrachte Menge zu beruhigen. Doch der Aufstand breitete sich aus. In mehr als 560 Städten und Gemeinden der DDR kam es zu Erhebungen, die von sowjetischen Truppen mit Gewalt niedergeschlagen wurden. Die Bilanz waren über 50 Tote. Sowjetische Standgerichte vollstreckten 18 Todesurteile, 1600 Freiheitsstrafen wurden durch DDR-Gerichte verhängt. Die Verletzten sind ungezählt. Allein ins Krankenhaus Bethanien wurden 12 Menschen mit Schussverletzungen eingeliefert, das Urban-Krankenhaus meldete 30 Verletzte.

## GRENZGÄNGER

Bis zum Bau der Mauer erlebten die meisten Bewohner Berlin trotz der Aufteilung in vier Sektoren als ein Ganzes. Tausende überschritten täglich die Grenzen um einzukaufen, Besuche zu machen oder einfach zur Arbeit zu gehen – vor allem solange es zwar zwei politische Wirtschaftssysteme, aber eine gemeinsame Währung gab. 1948 änderte sich dies schlagartig:

Um eine stabile Währung zu schaffen führten die West-Zonen und West-Berlin eine Währungsreform durch, mit der jeder Einwohner am 20. Juni 1948 in den Besitz von 40 DM kam. Die Sowjetischen Besatzungsmächte reagierten darauf am 24. Juni mit der Blockade der Zufahrtswege, um West-Berlin von der Bundesrepublik abzuschneiden. Was nun folgte, war ein Wettlauf der Systeme: Im Juli 1948 führte auch die SBZ eine neue Währung ein, die ebenfalls „Deutsche Mark“ hieß und im Volksmund als Ost-Mark von der West-Mark unterschieden wurde. Schon im August 1948 entstanden die ersten Wechselstuben im Westen, die nach Angebot und Nachfrage den Wechselkurs festlegten.

Auswirkungen hatte das nicht nur auf den Handel, sondern auch auf den Arbeitsmarkt. Plötzlich gab es im Osten etwa 76.000 „Grenzgänger“, die West-Geld verdienten und im Westen 122.000, die in Ost-Mark bezahlt wurden. Ein Problem war das vor allem für die West-Berliner, die durch den Wechselkurs nun nicht mehr in der Lage waren, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die West-Berliner Behörden führten deshalb im Jahr 1949 eine Lohnausgleichkasse ein, bei der jeder regulär im Osten arbeitende West-Berliner zunächst 60 % seiner Bezüge 1:1 in DM umtauschen konnte, ab 1954 waren es sogar 90 %. Ausgeschlossen waren jedoch West-Berliner, die bei der SED, dem FDGB, dem DDR-Rundfunk, staatlichen Bühnen, Museen, Akademien oder in HO-Geschäften arbeiteten. Die Stadt war nun geteilt in Menschen, die West-Geld besaßen und solche, die keins hatten.

Die Grenzgänger waren schon bald Anfeindungen ausgesetzt: Während die im Osten Arbeitenden West-Berliner als „Kommunistenfreunde“ und „5. Kolonne Ulbrichts“ beschimpft wurden, galten die im Westen arbeitenden Ost-Berliner den DDR Behörden als politisch unzuverlässig. Nicht selten schauten Nachbarn mit Neid auf die Grenzgänger mit Westgeld. Zu der großen Zahl der offiziell Registrierten kamen noch Gelegenheitsjobber sowie Schwarzarbeiter – darunter viele Handwerker und Haushaltshilfen.

Die Zahl der Grenzgänger ging in der 1950er Jahren stetig zurück. Im März 1961 waren es offiziell nur noch 57.000, die im Osten und 13.000 die im Westen lebten.

Kurz vor dem Mauerbau machte die DDR-Führung massiv Front gegen die Grenzgänger. Die Propaganda machte sie zu Schiebern, die für die erheblichen Versorgungsschwierigkeiten verantwortlich sein sollten. Das größere Problem war aber, dass sich immer mehr gut ausgebildete Fachkräfte mit Arbeitsplätzen im Westen entschieden, der DDR den Rücken zu kehren.

## GRENZKINOS

Ein Dorn im Auge der DDR Führung wurden in den 1950er Jahren einige kleine Kinos entlang der Sektorengrenze. Oscar Marty, der für die Sektion Film zuständige Officer der amerikanischen Militärregierung, sorgte im Rahmen des Marshallplans nicht nur für die Reanimierung der Kinos in West-Berlin sondern auch für den Import westlichen Gedankenguts. Angelockt durch günstige Preise sollten die Bürger Ost-Berlins hier mit den „Filmprodukten der freien Welt“ bekannt gemacht werden. Vor dem – häufig amerikanischen - Spielfilm gab es eine Wochenschau, in der die Weltereignisse aus westlicher Sicht erläutert wurden. Bis 1961 bestanden - mit Genehmigung der Amerikaner - in West-Berlin 30 solcher sog. Grenz- oder Ostgeld-Kinos, in Kreuzberg waren es zehn. Der Eintritt kostete bei Vorlage eines Ausweisdokuments für Ost-Berliner 1,50 Ost-Mark, während West-Berliner 25 Pfennig (West) zahlten. Der Anreiz für die Betreiber war der Erlass der Vergnügungssteuer sowie die große Zahl der Besucher, durch die sich mehrere Vorstellungen täglich rentierten. In vielen Kinos begann das Programm schon um 9 Uhr am Vormittag; ab 13.15 Uhr gab es Vorführungen „für die Jugend“. Eine Statistik benennt für das Jahr 1956 über 5 000 Besucher täglich allein in den fünf Kinos, die sich in der Schlesischen Straße in der unmittelbaren Nähe der Grenze befanden. Etwa 1,6 Millionen Ost-Mark kamen durch die Kinoeinnahmen jährlich nach West-Berlin.

Wohl auch auf Betreiben der West-Berliner Konkurrenz wurde im Zuge eines „Gesamtberliner Kulturplanes“ zum 1. Januar 1957 der Steuervorteil wieder abgeschafft. Für Filme mit dem Prädikat „besonders wertvoll“ konnten Bürger aus Ost-Berlin jetzt den Eintritt 1:1 in Mark der DDR zahlen, den finanziellen Verlust erstattete der Senat.

Besonders wertvoll dürften aber die Mehrzahl der Aufführungen nicht gewesen sein und auch die Ausstattung der Kinos konnte nicht mit den großen Filmbühnen der West-Berliner Innenstadt mithalten. Doch auch Filme wie „Frankenstein“ und „Sündige Liebe“ hatten großen Zulauf besonders von Lehrlingen, Schülern und der sich gerade herausbildenden Gruppe der „Halbstarken“. Selbst Grenzsoldaten nutzten gelegentlich nach Feierabend das Angebot.

Der Ost-Berliner Magistrat sah in den Grenzkinos eine Gefahr für die Vergiftung der Jugend. Die „ideologische Beeinflussung“ durch West-Berliner Kultureinrichtungen wurde 1961 in den Massenmedien der DDR auch als einer der Gründe für den Bau der Mauer angeführt und dabei ausdrücklich auf die Grenzkinos hingewiesen.

Schon kurz nach dem Mauerbau mussten fast alle diese Kinos schließen, nur die „Filmbühne Naunynstraße“ bestand noch bis 1973.

## DER WARENVERKEHR ÜBER DIE GRENZE

Charakteristisch für die wirtschaftliche Situation ganz Berlins war in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Mangel: Grundnahrungsmittel, Heizmaterial, Kleidung, Möbel und Benzin – alles was die Bürger zum Leben benötigten, war rationiert und legal nur über Bezugsscheine erhältlich. Gemeinsame Währung – für die man nichts kaufen konnte – war in Ost und West die Reichsmark. Die Folge war ein reger Tauschhandel und ein blühender Schwarzmarkt. Zentren des Schwarzhandels waren der Schlesische Bahnhof (ab 1960 Ostbahnhof) in Friedrichshain und das Schlesische Tor in Kreuzberg.

Um gegen den Schwarzmarkt vorzugehen, begann man schon bald, erste Einkaufsmöglichkeiten ohne Bezugsscheine zu schaffen. Noch während der Berlin-Blockade eröffnete am 15. November 1948 in Friedrichshain in der Frankfurter Allee 39 das erste HO-Geschäft, in dem rationierte Güter ohne Marken zu kaufen waren; es folgten bald weitere volkseigene Verkaufsstellen und Gaststätten. In Kreuzberg entstanden Verkaufsstände und kleine Läden, die – von den Behörden unterstützt – rationierte Ware unterhalb des Schwarzmarktpreises anboten.

Die HO-Läden sollten auch Bürger aus Westteil der Stadt anziehen, um sie von der Überlegenheit des Systems zu überzeugen. Denn die inzwischen nur noch per Luftbrücke versorgten West-Berliner hatten die Möglichkeit, sich im Ostteil mit Waren zu versorgen, wenn sie sich vorher dazu bei einer Kartenstelle registrieren ließen. Um ein entsprechendes Warenangebot zu gewährleisten, wurden aus der gesamten SBZ Lebensmittel nach Berlin geholt, in Kohlengruben wurden Sonderschichten gefahren. Doch das Kalkül ging nicht auf: rasch zeigte sich, dass die im Juni 1948 eingeführte West-Mark mit einem Umtauschkurs von bis zu 1:6 den Einkauf im Osten für die West-Berliner mehr als lukrativ machte. Und dies auch für Schieber und Spekulanten, die im Osten gekaufte Ware im Westen teuer weiterverkauften. Allein in der Woche zwischen dem 27.9. und dem 3.10.1948 wurden auf den S-Bahnhöfen 420.000 Personen bei der Grenzüberquerung aufgegriffen, denen insgesamt 7.000 Tonnen illegal erworbener Lebensmittel abgenommen wurden. Mit dem Kampf gegen „Schieber und Spekulanten“ wurden die häufigen Grenzsperrungen und die immer schärfer werdenden Kontrollen begründet.

Auch in den West-Sektoren wurden die Einkäufe im Osten nicht gern gesehen, weil sie die Nachfrage nach Produkten aus dem Westen schmälerten und damit zur bedrohlichen Konkurrenz für viele Händler und Betriebe wurden. Mit Plakaten wie „Westgeld nur für Westware“ wurde bald Stimmung gegen „Herr Schimpf und Frau Schande“, die im Osten einkauften, gemacht. Andererseits waren Ost-Berliner gern gesehene Kunden im Westen, weil durch sie die West-Wirtschaft enorme Umsätze machte. Für „Luxusgüter“ wie Bohnenkaffee, Südfrüchte und Schokolade oder Schuhe und Bekleidung, die als „schicker“ als die im Osten galten, waren die Ost-Berliner durchaus bereit, hohe Preise zu zahlen. In der Nähe des U-Bahnhofs Schlesisches Tor war dies auch in Ost-Mark möglich. Gelegentlich gab es speziell in Kreuzberg preisgünstige Angebote für Ost-Berliner, um damit Werbung für das westliche System zu machen. So rief beispielsweise der Kreuzberger Bürgermeister Kressmann nach dem 17. Juni 1953 die „Nachbarschaftshilfe Kreuzberg“ ins Leben, durch die der Bezug von West-Waren zu Ost-Preisen gegen Vorlage von Ausweispapieren möglich war.

Neben dem Warenaustausch entwickelten die Bürger bald auch ein ausdifferenziertes Preissystem im Dienstleistungssektor. Manche Ost-Berliner Handwerker verlangten bald West-Mark oder „halb und halb“ und machten ihre Leistungen für Ost-Berliner so unerschwinglich.

Rationierung und Bezugskarten wurden in West-Berlin endgültig 1952 abgeschafft, in Ost-Berlin gab es sie noch bis 1958. Das Problem des ungleichen Warenverkehrs wurde jedoch erst durch den Bau der Mauer beendet.

## SCHMUGGEL VON OST NACH WEST

In den Kriegs- und Nachkriegsjahren waren alle Güter des täglichen Bedarfs rationiert. Schnell bildete sich eine Untergrundwirtschaft heraus. Die Zigarette wurde zum inoffiziellen Zahlungsmittel. Das machte sich auch die sowjetische Militärverwaltung in Deutschland (SMAD) zunutze und ließ in ostdeutschen Fabriken große Mengen Zigaretten für den Schwarzmarkt produzieren. Der Vertrieb erfolgte über die „Rasno Export Gesellschaft“, die dem sowjetischen Finanzministerium unterstellt war. Die Firma Rasno beschäftigte vorwiegend sog. displaced persons, darunter Polen jüdischer Herkunft, die Ghetto und KZ überlebt hatten und nach dem Kriegsende in Polen antisemitischen Verfolgungen ausgesetzt waren. Einige dieser Mitarbeiter bauten Kontakte zu Zigarettenhändlern auf – etwa zur Firma „Engros Bapnik“ in der Eldenaer Straße 36 in Friedrichshain. Die Grenzen zwischen staatlichem Handel und illegaler Schieberei waren dabei fließend, und nicht wenige waren in beiden Geschäftsbereichen tätig. Besonderes Geschick entwickelte Pavnik Luschanewski ein Geschäftsführer von Rasno, der gleichzeitig Mitglied eines Konsortiums war, das brasilianischen Rohtabak importierte.

Die DDR lieferte in den frühen 50er Jahren Porzellan nach Schweden, das dafür mit Kaffee aus Brasilien bezahlte. Der Kaffee gelangte von Rostock nach Berlin und von dort an Parteikader und in die HO-Zentralen, zum größten Teil aber über ein System von Groß- und Zwischenhändlern illegal über die Grenze nach West-Berlin. So konnten für die DDR Devisen erwirtschaftet werden.

Ein Konsortium um Herschel Liberman war in diese Geschäfte eingebunden. In der Gneisenaustraße 118 in Kreuzberg befand sich eines seiner Zwischenlager. Dort entdeckte die Polizei bei einer Kontrolle einmal 10 Millionen Zigaretten. Im Rahmen der Untersuchungen wurde die Polizei erstmals auf Herschel Liberman aufmerksam, der nach einer Verurteilung in West-Berlin 1958, unter dem Namen Michael Wischniewski Geschäftsführer der Ostberliner Exportfirma C. F. Gerlach wurde. Seit 1954 unterstand C. F. Gerlach dem Ministerium für Staatssicherheit. Gemeinsam mit Hans Fruck und Alexander Schalk-Golodkowski entwickelte Liberman 1966 die Kommerzielle Koordination „KoKo“. Die KoKo entwickelte sich bis zum Ende der DDR zu einem milliardenschweren Konzern, zu dem unter anderem die im Waffenhandel tätige Exportfirma „Imex“ in der Warschauer Str. 8 in Friedrichshain gehörte.

1991 transferierte Liberman SED-Gelder an Tarnfirmen der KoKo in Österreich und von dort in weitere Kanäle. Erst 2004 und 2006 konnten Teile dieses Geldes aufgespürt werden.

## DAS PASSIERSCHEINABKOMMEN

Zu Weihnachten 1963 durften die West-Berliner zum ersten Mal nach dem Bau der Mauer für einige Tage ihre Freunde und Verwandten in Ost-Berlin besuchen. Ermöglicht wurde dies durch ein Passierscheinabkommen, das den Beginn eines Tauwetters in den Ost-West-Beziehungen markierte. Am 5. Dezember 1963 bot der stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Alexander Abusch den West-Berlinern für die bevorstehenden Weihnachtstage eine Besuchsmöglichkeit an. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt ging darauf ein und bat die Bundesregierung darum, Verhandlungen mit der DDR führen zu dürfen. Während das Bonner Außenministerium kategorisch ablehnte, fand Brandt einen Verbündeten in Erich Mende, dem Minister für Gesamtdeutsche Fragen. In Abwesenheit von Bundeskanzler Ehrhard stimmte Mende der Aufnahme von Gesprächen zu. Getagt wurde im „Haus der Ministerien“ in der Leipziger Straße und im „Berliner Verkehrsamt“ in der Charlottenburger Fasanenstraße. Der. Als Ergebnis konnten die West-Berliner vom 18. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 ihre Verwandten im Osten besuchen.

Der Andrang überstieg die Erwartungen. Bereits in der Nacht zum 18.12.1963 warteten vor dem Übergang Oberbaumbrücke viele hundert Menschen. Mit 30.000 Besuchern nach Ost-Berlin hatte man gerechnet, es wurden fast 200.000.

In den nächsten Jahren folgten drei weitere Passierscheinabkommen zur Weihnachtszeit. Insgesamt wurden 1,2 Mio. Besuche gezählt. Die Verhandlungen für das Jahr 1967 scheiterten jedoch. Vermutlich, weil die DDR Führung keine Bewegung in der starren Ablehnung einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die BRD sah. Es blieb lediglich die Möglichkeit in dringenden Familienangelegenheiten einen Passierschein zu beantragen. Erst das Viermächte-Abkommen über Berlin im Jahr 1971 brachte den Bewohnern von West-Berlin die Möglichkeit zu regelmäßig Besuchen des Ostteils der Stadt. Ost-Berlinern wurde der Besuch im Westteil grundsätzlich erst nach Eintritt ins Rentenalter gestattet.